

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Katrin Kunert und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1622 –

Erfahrungen und Perspektiven für das Bundesprogramm Kommunal-Kombi

Vorbemerkung der Fragesteller

Um öffentlich geförderte Arbeitsplätze zu schaffen, konnten bis zum Ende des Jahres 2009 Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit das Bundesprogramm Kommunal-Kombi in Anspruch nehmen. Bestehende Maßnahmen können noch bis Ende 2012 laufen.

Trotz unzureichender Voraussetzungen (unter anderem hoher Eigenanteil der Kommunen, kein armutsfestes Einkommen) wurde damit in der Arbeitsmarktpolitik ein kleiner Akzent für öffentlich geförderte Beschäftigung gesetzt, jenseits von Billigmaßnahmen wie Ein-Euro-Jobs. Gemessen an den Zielstellungen wurde das Programm nur sehr zögerlich angenommen. Vor Ort wurde oft die strenge Genehmigungspraxis des Bundesverwaltungsamtes kritisiert.

Die Bundesregierung ist gefordert, die Erfahrungen des Kommunal-Kombi auszuwerten und daraus Schlussfolgerungen für eine mögliche Weiterentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung zu ziehen.

1. Welche Hauptziele wurden mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi verfolgt, und wie bewertet die Bundesregierung die Zielerreichung?

Mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi konnten in Kreisen und kreisfreien Städten mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten für eine Dauer von maximal drei Jahren geschaffen werden.

Das Bundesprogramm Kommunal-Kombi soll denjenigen Arbeitslosen eine Überbrückungsmöglichkeit bieten, die aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage in den Förderregionen und der Schwäche der regionalen Wirtschaft keine Arbeit finden.

Insgesamt ist das Bundesprogramm aufgrund mangelnder Akzeptanz bei den Ländern und Kommunen deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Zielerreichung bezogen auf einzelne Bundesländer und Kommunen ist jedoch stark unterschiedlich und hängt insbesondere davon ab, inwiefern ein Bundesland bereit war, sich mit eigenen Mitteln an der Förderung zu beteiligen.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

2. Wie viele Stellen sollten ursprünglich mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi geschaffen werden, und wie viele wurden tatsächlich geschaffen (bitte nach Jahren, Kommunen, Bundesländern und Bund auflgliedern)?

Ursprünglich sollte die Einrichtung von bis zu 100 000 zusätzlichen Stellen möglich sein. Bis Ende 2009 wurden insgesamt 15 825 Stellen eingerichtet, davon im Jahr 2008 7 999 Stellen und 2009 weitere 7 826 Stellen. Die Aufteilung nach Ländern und Kommunen kann den beigefügten Regional-Statistiken Dezember 2008 und Dezember 2009 (Anlage 1 und 2) entnommen werden. Die Statistik Dezember 2009 umfasst auch die Stellen aus dem Jahr 2008 und stellt damit eine Gesamtstatistik dar.

3. Wie viel der für den Kommunal-Kombi ursprünglich eingestellten Mittel sind abgeflossen (bitte nach Jahren, Kommunen, Bundesländern und Bund auflgliedern), und wofür wurden die nicht genutzten Mittel verwandt?

Die für die Jahre 2008 und 2009 eingestellten Bundesmittel können nur als Gesamtbetrag beziffert werden.

	SOLL	IST
2008	143 000 000,00 €	17 943 080,25 €
2009	139 000 000,00 €	96 727 763,68 €
2010	141 000 000,00 €	–
2011	120 000 000,00 €	–
2012	45 000 000,00 €	–
2013	2 000 000,00 €	–

Der Mittelabfluss der Jahre 2008 und 2009 sowie die Mittelbindungen für die Jahre 2010 bis 2013 nach Kommunen und Bundesländern sind der beigefügten Finanzstatistik (Anlage 3) zu entnehmen. Die Tabelle weist die Gesamtabflüsse und -bindungen aus, Erstattungen durch die EU sind daher nicht berücksichtigt. Die nicht verausgabten Mittel des Jahres 2008 mussten zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben beim Arbeitslosengeld II verwendet werden. Dies ist auch sachgerecht, da in diesem Umfang auch die erwarteten Einsparungen beim Ansatz für das Arbeitslosengeld II ausgeblieben sind. Die Reste des Jahres 2009 wurden nach 2010 (§ 45 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung) übertragen.

4. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung dafür, dass das Bundesprogramm Kommunal-Kombi nur sehr zögerlich angenommen wurde, und was unternahm sie, um antragsberechtigte Regionen bei der Förderung entsprechender Stellen zu unterstützen?

Beim Bundesprogramm Kommunal-Kombi handelte es sich um ein Angebot des Bundes an die Kommunen, beschäftigungswirksam eigene Projekte umzusetzen. Der Bund stellte im Rahmen des Bundesprogramms die Mittel zur Verfügung, die er ansonsten bei fortbestehender Arbeitslosigkeit einsetzen müsste, und ermöglichte den Kommunen die Schaffung von zusätzlichen und im öffentlichen Interesse liegenden Arbeitsplätzen. Dem liegt der Grundgedanke der Förderung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit zugrunde. Von vornherein unzweifelhaft war die Notwendigkeit, dass die Restfinanzierung der geschaffenen Arbeitsplätze durch die Kommunen und/oder die Länder durch Einbringung eigener Mittel erfolgen muss. Um die notwendige Restfinanzierung zu verringern, brachte der Bund zusätzlich zur Förderung aus Bundesmitteln Zuschüsse aus ESF-Mitteln des Bundes ein. Das Bundesprogramm wurde dort zögerlich

bzw. nicht angenommen, wo die Bereitschaft zum Einbringen von eigenen Mitteln nicht oder nur in sehr geringem Umfang bestand.

5. Welche Kriterien waren bei der Kofinanzierung zu beachten, und in welchen Ländern wurden und werden welche Landeszuschüsse gewährt (bitte mit Zahlen nach einzelnen Bundesländern aufgliedern mit separater Angabe der Zuschussgeber wie Land, Kommune, Träger etc. und soweit sich im Zeitverlauf die Zuschussregelungen deutlich verändert haben, diese auch angeben)?

Die Förderung des Bundes ist nicht von einer Kofinanzierung der Länder abhängig, so dass bezüglich der Landeszuschüsse keine hinreichenden Daten vorliegen, um detaillierte Angaben machen zu können. Die Voraussetzungen einer Kofinanzierung wurden von den Ländern bzw. Kommunen selbst geprüft. Seitens des Bundes war lediglich darauf zu achten, dass keine Landes-ESF-Mittel zur Kofinanzierung herangezogen wurden, sofern Zuschüsse aus Bundes-ESF-Mitteln in Anspruch genommen wurden.

Landeszuschüsse gab es in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

6. In welchem Ausmaß wurden die Zuschüsse aus deutschen und europäischen Fördermitteln finanziert (bitte nach Bundesländern aufgliedern)?

Bezogen auf alle bewilligten Stellen beläuft sich die durchschnittliche Förderung je Stelle auf rund 240 Euro aus Bundes-ESF-Mitteln und rund 500 Euro aus Bundesmitteln sowie rund 460 Euro aus Mitteln der Arbeitgeber, Kommunen und/oder Länder. Detaillierte Angaben bezogen auf einzelne Bundesländer sind nicht möglich. Grundsätzlich dürften die Förderanteile zwischen den einzelnen Bundesländern aber nicht wesentlich differieren.

7. In welchen Regionen wurden welche Arbeitsplätze durch freie Unternehmen im Einvernehmen mit den Kommunen geschaffen, und wie viele solcher Arbeitsplätze sind entstanden?

In allen Förderregionen, in denen das Programm umgesetzt wird, wurden Arbeitsplätze von Unternehmen wie z. B. kommunalen Beschäftigungsgesellschaften, Vereinen o. ä. im Einvernehmen mit den Kommunen geschaffen. Insgesamt 13 131 Stellen entfallen auf diesen Bereich und bilden somit die Mehrheit der im Rahmen des Bundesprogramms geschaffenen Stellen.

8. Für welche Altersgruppen von Langzeitarbeitslosen wurde das Programm tatsächlich angewandt (bitte nach Ländern und Alter zu Beginn der Maßnahme angeben)?

Aussagen zu Altersgruppen bezogen auf einzelne Bundesländer sind nicht möglich. Vorläufige Ergebnisse aus der Teilnehmerbefragung der programmbegleitenden Evaluation zeigen folgende Verteilung:

Altersgruppe	Gesamt	Männer	Frauen
55 bis 65	33,4 %	34,6 %	32,3 %
50 bis 54	21,2 %	20,6 %	21,8 %
40 bis 49	28,0 %	26,6 %	29,4 %
30 bis 39	14,1 %	14,7 %	13,5 %
20 bis 29	3,3 %	3,6 %	3,0 %

Quelle: ISG/IAW Befragung von 1 656 Kommunal-Kombi Teilnehmern

9. Was waren die 20 Einsatzbereiche, in denen die meisten Kommunal-Kombi-Stellen geschaffen wurden (soweit möglich bitte nach Gesamtdeutschland und Bundesländern aufgliedern)?

Da Tätigkeitsbeschreibungen aus den eingereichten Anträgen sehr unterschiedlich ausfallen, werden vom Bundesverwaltungsamt aufgrund dieser Angaben keine Einsatzbereiche erfasst. Im Rahmen der Evaluation des Bundesprogramms wird jedoch untersucht, in welchen Einsatzgebieten Kommunal-Kombi-Stellen geschaffen wurden. Hierzu wurden insgesamt 11 Einsatzgebiete definiert, die Verteilung auf die verschiedenen Einsatzgebiete kann der angehängten Tabelle (Anlage 4) entnommen werden.

10. Wie viele Anträge wurden insgesamt eingereicht, bewilligt, für nicht förderfähig erklärt oder zurückgezogen (bitte die Angaben nach Bund, Ländern und Kommunen aufgliedern)?

Es wurden insgesamt 10 056 Anträge eingereicht, davon 8 265 bewilligt; nicht förderfähig waren 1 102; zurückgezogen wurden 671. Die Aufteilung nach Ländern und Kommunen ergibt sich aus der Regional-Statistik Dezember 2009 (Anlage 2).

11. Innerhalb welcher Zeiträume wurden die Antragsbearbeitung gewährleistet, so dass die Kommunen zeitnah über den Antragsstand informiert wurden und über Planungssicherheit bei der Besetzung der beantragten Stellen verfügten?

Die Dauer der Antragsbearbeitung hing maßgeblich davon ab, ob bei der Antragstellung alle erforderlichen Unterlagen beigebracht wurden und in der Aufgabenbeschreibung die Kriterien Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse ausreichend dokumentiert waren. Bei vollständig vorliegenden Antragsunterlagen und ausreichender Darstellung der genannten Kriterien erfolgte die Bewilligung durchschnittlich innerhalb von 8 Arbeitstagen. Häufig war das Bundesverwaltungsamt jedoch gezwungen, fehlende Unterlagen (z. B. Finanzierungspläne) nachzufordern oder die Antragsteller mussten hinsichtlich der ausreichenden Dokumentation der o. g. Kriterien beraten und die Aufgabenbeschreibung überarbeitet werden. In diesen Fällen verzögerte sich die Antragsbearbeitung entsprechend.

12. Welches waren die Ablehnungsgründe für abschlägige Bescheide des Bundesverwaltungsamtes, und woran wurde die Förderfähigkeit bzw. Nichtförderfähigkeit von Maßnahmen gemessen?

Anträge, die die Kriterien der Zusätzlichkeit und/oder des öffentlichen Interesses nicht erfüllten, mussten abgelehnt werden; ebenso Anträge, bei denen eine Gesamtfinanzierung nicht gesichert war.

13. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zu welchen Zeitpunkten eingeleitet, um der mangelnden Akzeptanz in vielen Bundesländern und Kommunen zu begegnen, und was wurde unternommen, um Antragstellungen zu befördern und damit dem Bundesprogramm mehr Zuspruch zu vermitteln?

Im April 2009 wurden die Richtlinien des Bundesprogramms geändert. Mit der Richtlinienänderung wurden die teilnehmerbezogenen Zugangsvoraussetzung erleichtert und weitere Förderregionen zugelassen.

14. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der programmbegleitenden Evaluation des Bundesprogramms Kommunal-Kombi – insbesondere aus dem 1. Zwischenbericht vom Mai 2009 – für die Fortführung des Programms gezogen?

Die bislang vorliegenden nur vorläufigen Ergebnisse bildeten keine ausreichende Grundlage, Konsequenzen für die Umsetzung des Programms zu ziehen.

15. Warum wurden in Dresden Stadt 43 Prozent der beantragten Stellen für nicht förderfähig erklärt?

Für Dresden konnten 108 von 248 Anträgen nicht gefördert werden. Für 86 der abgelehnten Anträge war eine Förderung nicht möglich, weil das Land Sachsen die Kofinanzierung abgelehnt hatte und somit die Gesamtfinanzierung nicht sichergestellt werden konnte. Weitere 22 Anträge konnten nicht gefördert werden, weil Zusätzlichkeit und/oder öffentliches Interesse des Arbeitsplatzes nicht gegeben waren.

16. Aus welchen Gründen ist der einzige Antrag aus Niedersachsen zurückgezogen worden?

Der Bundesregierung sind die Gründe für den zurückgezogenen Antrag aus Niedersachsen nicht bekannt, auch gegenüber dem Bundesverwaltungsamt hat der Antragsteller keine Gründe angegeben.

17. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor, warum aus den Ländern Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein kein einziger Antrag auf Förderung nach dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi vorgelegt wurde?

Zu Schleswig-Holstein liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat bereits frühzeitig erklärt, dass es keine Landesmittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi bereitstellt.

18. Wann laufen die letzten bewilligten Stellen aus und liegen Informationen darüber vor, wie der Wiedereintritt in den Bezug von Arbeitslosengeld II (ALG II) für die Betroffenen verhindert wird, da sie doch nachgewiesen haben, dass sie arbeitswillig sind?

Die Förderung der geschaffenen Stellen läuft längstens bis zum 31. Dezember 2012. Da es sich bei den geförderten Stellen um voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handelt, mit der Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben werden, wird ein sofortiger Wiedereintritt in den ALG-II Bezug verhindert.

19. Wie hoch waren die Einkommen, die in den einzelnen Ländern durchschnittlich durch den Kommunal-Kombi monatlich erzielt wurden oder werden (Angaben bitte nach Bund, Ländern und Kommunen für die Jahre 2008 und 2009 ausweisen)?

Die durchschnittlichen Gesamtkosten (Arbeitgeberbrutto) pro Stelle belaufen sich auf rund 1 200 Euro pro Monat; es wird ein durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt (Arbeitnehmerbrutto) von ca. 1 000 Euro pro Monat erzielt.

Differenzierte Angaben nach Ländern und Kommunen sind aufgrund der vorliegenden Daten nicht möglich.

20. In welchen Ländern bzw. Kommunen sind Mindestlöhne ein Bezuschussungskriterium, und wie ist in diesen Fällen die Mindestlohnregelung konkret ausgestaltet?

Die Förderung des Bundes ist nicht unmittelbar von einer möglichen Kofinanzierung der Länder oder Kommunen abhängig, so dass bezüglich der Ausgestaltung von Landes- und Kommunalzuschüssen keine ausreichenden Informationen vorliegen um die Frage beantworten zu können. Die Beantwortung kann nur durch die Länder bzw. Kommunen selbst erfolgen, da die Prüfung der Voraussetzung zur Inanspruchnahme eines entsprechenden Landes- bzw. Kommunalzuschusses durch diese selbst erfolgt.

21. Wie oft wurde von der empfohlenen 30-stündigen Regelwochenarbeitszeit abgewichen (soweit möglich bitte nach Bund, Ländern und Kommunen für die Jahre 2008 und 2009 beantworten)?

Mit Ausnahme des Bundeslandes Berlin, in dem regelmäßig die 38,5-Stunden-Woche gilt, wurde die 30-stündige Regelwochenarbeitszeit in aller Regel eingehalten und nur in begründeten Einzelfällen davon abgewichen. Darüber hinausgehende Daten liegen nicht vor.

22. Wie hoch ist der im Rahmen des Bundesprogramms Kommunal-Kombi erzielte durchschnittliche Stundenlohn (Angaben bitte nach Bund, Ländern und Kommunen für die Jahre 2008 und 2009 ausweisen)?

Ausgehend von den in der Antwort zu Frage 19 angegebenen durchschnittlichen monatlichen Einkommen und der in der Antwort zu Frage 21 angegebenen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit ergibt sich ein durchschnittlich erzielter Stundenlohn von etwa 7,93 Euro. Differenzierte Angaben nach Ländern und Kommunen sind nicht vorhanden.

23. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kommunal-Kombi erhielten trotz der Maßnahme Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – SGB II (Angaben bitte nach Bund, Ländern und Kommunen aufgliedern)?

Da es sich beim Kommunal-Kombi nicht um eine Teilnehmerförderung, sondern um die Förderung von Arbeitsplätzen handelt, ist der Zuwendungsempfänger der Arbeitgeber. Eventuelle weitere Leistungen an den Arbeitnehmer werden durch das Bundesverwaltungsamt nicht erfasst. Da die sich ergebenden Arbeitsverhältnisse voll sozialversicherungspflichtig sind und sich insofern nicht von regulärer Beschäftigung unterscheiden, erfolgt auch keine gesonderte Erfassung in der BA-Statistik. Angaben darüber, wie viele der Teilnehmer ergänzende Leistungen nach dem SGB II erhalten, sind nicht möglich.

24. Unter welcher Maßgabe können nunmehr Kommunen gemeinnützige und in öffentlichem Interesse liegende Arbeiten unter Einsatz von Langzeiterwerbslosen finanzieren?

Den Kommunen stehen weiterhin die Möglichkeiten des SGB-II-Regelinstrumentariums zur Verfügung. Darüber hinaus läuft derzeit ein Interessenbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten „Bürgerarbeit“. Im Rahmen der Modellprojekte ist auch die begrenzte Schaffung von zusätzlichen und im öffentlichen Interesse liegenden „Bürgerarbeitsplätzen“ vorgesehen.

25. Welche Erfahrungen gibt es zu möglichen Mitnahmeeffekten?
26. Welche Erfahrungen gibt es zu einer möglichen Verdrängung regulärer Beschäftigung?
27. Bei welchen Einsatzgebieten und bzw. oder Einsatz Tätigkeiten bestehen die größten Verdrängungsgefahren?

Antwort zu den Fragen Nr. 25, 26 und 27:

Aufgrund der sorgfältigen Prüfung von Zusätzlichkeit und öffentlichem Interesse im Rahmen der Antragsbearbeitung und -bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt sollten Mitnahme- oder Verdrängungseffekte weitgehend ausgeschlossen sein.

28. In wie vielen Fällen wurden beantragte Stellen wegen fehlender Zusätzlichkeit abgelehnt?

Von 1 102 abgelehnten Vorhaben wurden etwa 750 wegen fehlender Zusätzlichkeit abgelehnt.

29. In wie vielen Fällen wurden bereits bestehende Stellen wegen fehlender Zusätzlichkeit abgebrochen oder im Nachhinein die fehlende Zusätzlichkeit angemerkt?

Soweit die im bewilligten Antrag beschriebene Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird, kann es zu einem vorzeitigen Abbruch wegen fehlender Zusätzlichkeit regelmäßig nicht kommen. Sofern bei Prüfungen oder auf anderem Wege festgestellt wird, dass vor Ort ein Einsatz entgegen der beantragten und bewilligten Tätigkeiten erfolgt, wird der Zuwendungsempfänger angemahnt, die Tätigkeit antragsgemäß zu gestalten. Erfolgt dies nicht, wird die Bewilligung zurückgezogen. Hierbei handelt es sich jedoch um absolute Einzelfälle.

30. Plant die Bundesregierung eine Fortführung des Programms bzw. Neuaufnahme eines ähnlichen Programms unter veränderten Bedingungen, und wenn ja, unter welchen?
31. Stehen diese Planungen in einem Zusammenhang mit Bürgerarbeit-Vorhaben der Bundesregierung?

Antwort zu den Fragen Nr. 30 und 31:

Aufgrund der mangelnden Akzeptanz durch die Bundesländer und Kommunen wird das Bundesprogramm Kommunal-Kombi nicht über die ursprüngliche Laufzeit hinaus fortgeführt. Die geförderten Arbeitsplätze werden bis Ende 2012 ausfinanziert.

Zu möglichen Modellprojekten „Bürgerarbeit“ hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Die eingereichten Konzepte werden gegenwärtig geprüft. Es ist vorgesehen in Modellprojekten, ähnlich wie beim Kommunal-Kombi, zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende „Bürgerarbeitsplätze“ zu fördern. Im Gegensatz zum Bundesprogramm Kommunal-Kombi, dessen vorrangiges Ziel die Schaffung zusätzlicher Stellen war, sollen aber nach den Vorstellungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die Modellprojekte „Bürgerarbeit“ umfassende Konzepte zur Betreuung von arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen enthalten. Ziel soll sein, möglichst viele förderungsbedürftige Personen durch inten-

sive Aktivierung in Beschäftigung zu bringen und so eine öffentlich geförderte Beschäftigung zu vermeiden. Der „Bürgerarbeitsplatz“ ist insofern nur als Angebot zu sehen, das greift, sofern die intensivierte Aktivierungsphase von mindestens sechs Monaten erfolglos bleibt. Die Aktivierung soll jedoch nicht mit Einmündung in die Beschäftigung auf dem „Bürgerarbeitsplatz“ enden. Sie erfolgt weiterhin begleitend, um den Teilnehmer möglichst auch noch aus der geförderten Beschäftigung heraus in reguläre Beschäftigung zu integrieren.

elektronische Vorab-Fassung*

Anlage 1

Bundesland	Landkreis/kreisfreie Stadt	Eingang		bewilligt		nicht förderfähig		Vom Antragsteller zurückgezogen	
		Anträge	Stellen	Anträge	Stellen	Anträge	Stellen	Anträge	Stellen
Stand: 01.01.09									
Berlin	Berlin	137	1768	103	1629	3	82	9	22
Brandenburg	Barnim	98	164	69	124	10	16	10	13
	Brandenburg a.d. Havel	18	59	15	42	1	6	0	0
	Cottbus, Stadt	111	239	73	151	2	7	4	6
	Elbe-Elster	130	219	102	182	1	1	10	11
	Frankfurt (Oder), Stadt	73	114	48	76	5	6	4	6
	Märkisch-Oderland	127	195	97	163	2	2	6	7
	Oberspreewald-Lausitz	156	235	108	167	9	14	14	20
	Oder-Spree	125	188	76	117	6	12	16	25
	Ostprignitz-Ruppin	50	73	37	60	1	1	0	0
	Prignitz	138	229	111	198	1	1	9	9
	Spree-Neiße	193	330	155	287	20	23	7	9
	Uckermark	234	316	179	244	5	6	26	35
	Summe	1453	2361	1070	1811	63	95	106	141
Bremen	Bremerhaven, Stadt	28	65	21	50	0	0	3	4
Hessen	Kassel, Stadt	32	62	24	49	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	Demmin	28	29	19	19	2	3	5	5
	Greifswald	13	16	12	15	0	0	0	0
	Güstrow	78	95	63	77	2	2	6	9
	Mecklenburg-Strelitz	21	21	15	15	0	0	3	3
	Müritz	21	23	16	16	0	0	0	0
	Neubrandenburg, Stadt	31	32	21	22	0	0	2	2
	Nordvorpommern	89	124	76	111	5	5	4	4
	Ostvorpommern	63	72	48	57	0	0	2	2
	Parchim	19	21	13	13	0	0	2	2
	Rostock	6	8	5	6	0	0	0	0
	Rügen	62	103	50	89	0	0	1	1
	Schwerin	62	105	30	51	1	1	16	27
	Stralsund, Stadt	28	31	20	22	1	1	6	7
	Uecker-Randow	40	50	35	45	0	0	3	3
Wismar, Stadt	2	4	2	4	0	0	0	0	
	Summe	563	734	425	562	11	12	50	65
Niedersachsen	Emden	1	1	0	0	0	0	1	1
Nordrhein-Westfalen	Dortmund, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Duisburg, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Gelsenkirchen, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Herne, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Summe	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	Pirmasens, Stadt	13	108	11	102	1	4	0	0
Sachsen	Annaberg	47	64	37	53	1	1	6	7
	Aue-Schwarzenberg	103	136	94	126	1	1	2	2
	Bautzen	115	204	87	142	2	3	7	10
	Chemnitz, Stadt	140	241	120	199	2	12	10	15
	Chemnitzer Land	58	107	46	87	2	3	2	5
	Delitzsch	30	42	21	32	0	0	2	2
	Döbeln	45	66	33	48	0	0	1	1
	Görlitz, Stadt	44	65	32	44	3	5	2	2
	Hoyerswerda, Stadt	81	127	53	77	2	2	16	27
	Leipzig, Stadt	127	781	94	557	2	2	1	1
	Leipziger Land	95	171	78	139	1	1	4	4
	Löbau-Zittau	101	137	63	81	0	0	2	2
	Mittl. Erzgebirgskreis	47	72	39	57	0	0	4	7
	Muldentalkreis	151	222	115	174	4	5	5	7
	Niederschl. Oberlausitzkreis	104	176	89	157	2	2	1	1
	Plauen	34	76	29	71	1	1	2	2
	Riesa-Großenhain	69	139	54	107	2	3	2	3
	Sächsische Schweiz	22	74	11	21	0	0	0	0
	Torgau-Oschatz	8	11	5	7	0	0	0	0
	Zwickau, Stadt	57	332	50	228	0	0	5	92
	Zwickauer Land	48	124	36	95	1	1	6	15
		Summe	1526	3367	1186	2502	26	42	80

Sachsen-Anhalt	Altmarkkreis Salzwedel	37	53	33	49	2	2	2	2
	Anhalt-Bitterfeld	23	152	21	146	0	0	2	6
	Burgenland	100	200	91	189	0	0	1	1
	Dessau-Roßlau, Stadt	8	41	8	41	0	0	0	0
	Halle (Saale), Stadt	41	102	37	94	2	4	2	4
	Harz	66	129	62	115	2	12	1	1
	Jerichower Land	28	89	20	57	0	0	8	32
	Magdeburg, Stadt	27	95	24	90	1	3	2	2
	Mansfeld-Südharz	28	150	27	147	1	3	0	0
	Saalekreis	51	83	51	83	0	0	0	0
	Salzland	79	163	53	99	2	4	9	25
	Stendal	54	87	41	65	0	0	4	7
	Wittenberg	37	54	34	48	2	4	0	0
	Summe	579	1398	502	1223	12	32	31	80
Thüringen	Altenburger Land	1	1	1	1	0	0	0	0
	Erfurt, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Gera, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Ilm-Kreis	23	29	20	24	0	0	2	3
	Kyffhäuserkreis	5	5	5	5	0	0	0	0
	Nordhausen	24	26	17	19	0	0	1	1
	Sömmerda	16	18	15	17	0	0	1	1
	Unstrut-Hainich-Kreis	3	5	3	5	0	0	0	0
	Weimar, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
	Summe	72	84	61	71	0	0	4	5

elektronische Vorab-Fassung

Rheinland-Pfalz	Kaiserlautern, Stadt	28	108	20	90	4	5	4	13	
	Pirmasens, Stadt	19	125	15	118	3	6	1	1	
	Summe	47	233	35	208	7	11	5	14	
Sachsen*	Annaberg	90	112	71	90	5	5	14	17	
	Aue-Schwarzenberg	194	241	178	222	9	11	7	8	
	Bautzen	284	421	230	344	37	56	16	20	
	Chemnitz, Stadt	238	393	212	346	15	27	11	20	
	Chemnitzer Land	151	230	130	194	12	13	9	23	
	Delitzsch	71	99	55	79	9	12	6	6	
	Döbeln	119	181	79	123	32	50	8	8	
	Dresden, Stadt	275	381	142	201	119	166	14	14	
	Freiberg	61	80	32	39	21	32	8	9	
	Görlitz, Stadt	92	122	71	98	13	15	8	9	
	Hoyerswerda, Stadt	116	166	80	110	12	21	24	35	
	Kamenz	42	64	24	38	13	21	5	5	
	Leipzig, Stadt	457	1421	348	1136	93	260	16	25	
	Leipziger Land	141	231	114	189	13	19	14	23	
	Löbau-Zittau	299	424	240	335	46	71	12	17	
	Meißen	38	63	22	37	12	20	3	5	
	Mittl. Erzgebirgskreis	100	144	77	108	16	25	7	11	
	Mittweida	29	45	7	12	19	29	3	4	
	Muldentalkreis	270	398	219	325	34	46	17	27	
	Niederschl. Oberlausitzkreis	172	276	141	232	26	37	5	7	
	Plauen	72	142	50	114	17	21	3	4	
	Riesa-Großenhain	105	205	88	181	11	17	6	7	
	Sächsische Schweiz	100	193	73	114	8	16	19	63	
	Stollberg	75	117	57	87	11	18	7	12	
	Torgau-Oschatz	41	58	21	28	16	25	4	5	
	Vogtlandkreis	93	127	30	39	56	79	7	9	
	Weißeritzkreis	18	20	10	11	6	6	2	3	
Zwickau, Stadt	116	417	108	315	2	3	6	99		
Zwickauer Land	95	208	78	175	6	9	11	24		
	Summe	3954	6979	2987	5322	689	1130	272	519	
Sachsen-Anhalt	Altmarkkreis Salzwedel	66	103	61	96	2	2	3	5	
	Anhalt-Bitterfeld	45	314	40	303	2	4	2	6	
	Burgenland	242	449	222	423	12	18	8	8	
	Dessau-Roßlau, Stadt	27	110	23	104	1	1	3	5	
	Halle (Saale), Stadt	86	205	80	194	4	7	2	4	
	Harz	132	252	123	233	5	15	4	4	
	Jerichower Land	54	123	42	86	2	2	10	35	
	Magdeburg, Stadt	77	216	64	185	8	15	5	16	
	Mansfeld-Südharz	87	322	84	317	1	3	2	2	
	Saalekreis	88	188	84	184	0	0	4	4	
	Salzland	143	249	105	180	19	24	19	45	
	Stendal	125	254	111	178	6	12	8	64	
	Wittenberg	87	128	68	103	16	19	3	6	
		Summe	1259	2913	1107	2586	78	122	73	204
	Schleswig-Holstein	Flensburg, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0
Kiel, Landeshauptstadt		0	0	0	0	0	0	0	0	
Lübeck, Hansestadt		0	0	0	0	0	0	0	0	
Neumünster, Stadt		0	0	0	0	0	0	0	0	
	Summe	0	0	0	0	0	0	0	0	
Thüringen	Altenburger Land	3	3	2	2	0	0	1	1	
	Eisenach, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Erfurt, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Gera, Stadt	1	1	0	0	1	1	0	0	
	Greiz	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Ilm-Kreis	29	38	21	25	3	5	5	8	
	Kyffhäuserkreis	5	5	4	4	0	0	1	1	
	Nordhausen	49	66	32	37	12	18	2	2	
	Saalfeld - Rudolstadt	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Sömmerda	18	20	16	18	0	0	2	2	
	Suhl, Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Unstrut-Hainich-Kreis	6	8	4	6	1	1	1	1	
	Weimar, Stadt	1	2	1	2	0	0	0	0	
	Summe	112	143	80	94	17	25	12	15	

* Gebietsstand der Landkreise bis 31.07.08

BVA

Finanzstatistik -
Regionalstatistik (Vorhaben)

Druckdatum: 10.05.2010

elektronische Vorab-Fassung*

Kreis:	Ist 2008	Ist 2009	Festl. 2010	Festl. 2011	Festl. 2012	Festl. 2013	Festl. 2014
Bundesland: Berlin							
Berlin, Stadt	1.970.881,18	16.431.967,51	14.216.569,50	12.588.867,00	384.806,65	0,00	0,00
Bundesland: Berlin	1.970.881,18	16.431.967,51	14.216.569,50	12.588.867,00	384.806,65	0,00	0,00
Bundesland: Brandenburg							
Barnim	389.654,99	1.167.038,33	1.954.140,87	1.314.213,75	441.218,00	0,00	0,00
Brandenburg an der Havel, Stadt	83.769,82	617.242,24	893.853,84	785.198,00	238.118,00	0,00	0,00
Cottbus, Stadt	582.585,76	3.150.371,21	4.685.601,00	4.217.265,00	1.792.108,39	0,00	0,00
Elbe-Elster	855.749,13	2.131.547,94	2.646.322,88	1.833.931,99	651.145,00	0,00	0,00
Frankfurt (Oder), Stadt	186.052,33	1.034.387,12	1.531.787,18	1.273.322,00	361.611,00	0,00	0,00
Havelland	3.929,03	358.812,80	2.513.490,88	2.497.807,00	2.133.176,12	0,00	0,00
Märkisch-Oderland	507.228,67	1.828.010,54	2.529.817,76	1.942.090,66	636.916,43	0,00	0,00
Oberhavel	0,00	577.886,23	2.197.780,02	2.308.015,00	1.833.599,00	0,00	0,00
Oberspreewald-Lausitz	605.383,77	1.976.779,77	2.764.709,18	2.044.060,00	750.487,00	0,00	0,00
Oder-Spree	313.980,45	1.789.454,59	2.552.478,93	2.271.438,00	895.086,42	0,00	0,00
Ostprignitz-Ruppin	146.452,94	679.169,93	1.162.537,22	912.367,50	334.972,00	0,00	0,00
Potsdam, Stadt	0,00	2.400,00	26.845,00	27.600,00	25.955,00	0,00	0,00
Potsdam-Mittelmark	3.785,00	36.542,05	83.237,95	77.755,00	43.300,00	0,00	0,00
Prignitz	744.652,50	2.053.348,89	2.521.808,67	1.758.457,50	526.924,50	0,00	0,00
Spree-Neiße	1.015.849,16	2.807.423,70	3.474.509,99	2.558.460,50	932.907,68	0,00	0,00
Teltow-Fläming	0,00	535.847,01	1.963.941,87	1.995.026,90	1.491.966,85	0,00	0,00
Uckermark	638.308,92	3.205.802,70	3.250.359,90	2.938.039,60	806.573,00	0,00	0,00
Bundesland: Brandenburg	6.077.382,47	23.952.065,05	36.753.223,14	30.755.048,40	13.896.064,39	0,00	0,00
Bundesland: Bremen							
Bremerhaven, Stadt	179.976,18	644.828,86	789.009,46	559.715,00	96.219,00	0,00	0,00
Bundesland: Bremen	179.976,18	644.828,86	789.009,46	559.715,00	96.219,00	0,00	0,00
Bundesland: Hessen							
Frankfurt am Main, Stadt	0,00	0,00	10.400,00	9.600,00	8.800,00	0,00	0,00
Kassel, documenta-Stadt	55.068,46	424.225,34	767.215,56	528.669,00	167.180,00	0,00	0,00
Bundesland: Hessen	55.068,46	424.225,34	777.615,56	538.269,00	175.980,00	0,00	0,00
Bundesland: Mecklenburg-Vorpommern							
Demmin	74.023,65	232.388,04	448.730,91	398.067,00	252.231,00	0,00	0,00
Greifswald	4.800,00	363.926,27	513.854,06	559.200,00	247.103,00	0,00	0,00
Güstrow	245.617,39	755.956,61	1.049.055,31	773.418,00	255.185,00	0,00	0,00
Ludwigslust	46.151,17	162.108,22	358.338,67	264.314,00	134.411,00	0,00	0,00
Mecklenburg-Strelitz	49.752,78	233.767,18	347.329,27	308.139,00	129.405,37	0,00	0,00
Müritz	44.215,61	165.938,02	209.497,96	158.168,00	35.790,00	0,00	0,00

Kreis:	Ist 2008	Ist 2009	Festl. 2010	Festl. 2011	Festl. 2012	Festl. 2013	Festl. 2014
Neubrandenburg	50.010,64	582.547,93	879.929,30	902.858,00	449.123,00	0,00	0,00
Nordvorpommern	279.354,28	1.034.588,05	1.570.144,55	1.158.256,00	453.365,32	0,00	0,00
Nordwestmecklenburg	0,00	7.999,00	70.569,00	73.800,00	69.032,00	0,00	0,00
Ostvorpommern	206.162,14	965.155,64	1.129.057,98	981.395,20	331.665,10	0,00	0,00
Parchim	42.854,00	202.451,34	329.783,62	268.630,00	101.087,00	0,00	0,00
Rostock	10.163,68	153.889,69	920.677,79	885.096,00	706.265,61	0,00	0,00
Rügen	327.354,90	1.054.543,51	1.417.569,80	1.067.347,95	312.779,02	0,00	0,00
Schwerin	38.127,55	867.670,25	1.072.639,42	1.057.574,00	292.581,00	0,00	0,00
Stralsund	47.426,71	240.981,86	302.517,94	287.189,00	80.090,00	0,00	0,00
Uecker-Randow	189.949,41	679.812,11	1.074.905,16	861.240,00	363.163,71	0,00	0,00
Wismar	11.983,50	372.579,25	970.705,40	932.624,00	548.003,81	0,00	0,00
Bundesland:							
Mecklenburg-Vorpommern	1.667.947,41	8.076.302,97	12.665.306,14	10.937.316,15	4.761.280,94	0,00	0,00
Bundesland:							
Rheinland-Pfalz							
Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	0,00	0,00	1.064.300,00	920.400,00	776.500,00	0,00	0,00
Pirmasens, kreisfreie Stadt	541.885,18	789.700,71	1.032.577,25	466.908,00	3.000,00	0,00	0,00
Bundesland:							
Rheinland-Pfalz	541.885,18	789.700,71	2.096.877,25	1.387.308,00	779.500,00	0,00	0,00
Bundesland:							
Sachsen							
Bautzen	446.450,01	3.029.208,59	4.252.940,41	3.827.634,02	1.397.415,00	0,00	0,00
Chemnitz, Stadt	352.408,23	2.539.493,28	3.468.779,19	2.802.157,70	561.850,00	0,00	0,00
Dresden, Stadt	6.054,10	211.421,07	1.786.562,82	1.721.609,00	1.442.722,37	0,00	0,00
Erzgebirgskreis	447.043,69	2.207.388,05	3.507.706,33	3.015.544,00	1.270.050,50	0,00	0,00
Görlitz	586.163,83	3.914.474,23	5.658.016,47	5.043.095,60	1.737.442,96	0,00	0,00
Leipzig	921.639,87	3.661.044,37	4.348.668,17	3.369.970,07	756.724,00	0,00	0,00
Leipzig, Stadt	785.252,21	7.233.828,61	10.601.725,49	9.162.506,09	2.537.069,00	0,00	0,00
Meißen	280.065,68	1.295.031,38	1.971.760,24	1.591.852,02	629.701,84	0,00	0,00
Mittelsachsen	147.391,75	603.451,02	1.494.407,29	1.271.763,33	762.857,00	0,00	0,00
Nordsachsen	61.174,30	668.930,30	1.012.784,79	933.808,00	367.618,00	0,00	0,00
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	35.489,96	547.702,47	1.134.505,73	1.052.146,00	524.492,00	0,00	0,00
Vogtlandkreis	204.009,52	1.419.543,18	2.474.104,82	2.050.572,25	824.471,00	0,00	0,00
Zwickau	761.198,88	4.285.562,24	5.742.634,01	4.698.391,41	1.261.651,75	0,00	0,00
	10.500,00	72.398,37	88.795,83	52.825,00	11.356,00	0,00	0,00
Bundesland:							
Sachsen	5.044.842,03	31.689.477,16	47.543.391,59	40.593.874,49	14.085.421,42	0,00	0,00
Bundesland:							
Sachsen-Anhalt							
Altmarkkreis Salzwedel	104.532,30	1.034.077,41	1.423.500,59	1.532.109,00	818.623,16	0,00	0,00
Anhalt-Bitterfeld	319.193,74	1.198.367,33	2.603.216,12	2.159.168,00	1.216.814,60	0,00	0,00

Kreis:	Ist 2008	Ist 2009	Festl. 2010	Festl. 2011	Festl. 2012	Festl. 2013	Festl. 2014
Burgenlandkreis	374.249,80	2.209.389,62	3.073.301,68	2.876.744,00	1.256.786,00	0,00	0,00
Dessau-Roßlau, Stadt	66.657,66	497.924,71	871.067,63	788.850,00	354.900,00	0,00	0,00
Halle (Saale), Stadt	142.507,86	1.258.788,35	1.693.946,07	1.688.477,00	781.586,00	0,00	0,00
Harz	260.140,63	1.523.533,49	1.911.159,79	1.780.252,00	657.887,00	0,00	0,00
Jerichower Land	99.498,96	560.766,92	724.268,41	712.942,00	342.663,00	0,00	0,00
Magdeburg, Landeshauptstadt	163.950,00	1.284.716,15	1.552.543,08	1.572.579,61	684.745,33	0,00	0,00
Mansfeld-Südharz	272.259,31	1.762.729,54	2.391.548,44	2.345.166,00	1.156.850,00	0,00	0,00
Saalekreis	138.761,30	805.222,15	1.528.473,86	1.329.469,00	626.710,29	0,00	0,00
Salzlandkreis	76.221,84	1.073.766,55	1.739.164,35	1.560.332,20	467.521,00	0,00	0,00
Stendal	102.721,54	381.210,90	559.262,37	441.132,00	143.184,00	0,00	0,00
Wittenberg	54.490,08	438.547,58	887.224,52	787.741,20	392.404,60	0,00	0,00
Bundesland: Sachsen-Anhalt	2.175.185,02	14.029.040,70	20.958.676,91	19.574.962,01	8.900.674,98	0,00	0,00
Bundesland: Thüringen							
Altenburger Land	0,00	3.200,00	9.600,00	9.600,00	6.400,00	0,00	0,00
Greiz	0,00	1.600,00	19.200,00	19.200,00	17.600,00	0,00	0,00
Ilm-Kreis	49.729,52	241.271,71	226.778,47	151.310,50	6.300,00	0,00	0,00
Kyffhäuserkreis	20.200,00	27.600,00	27.600,00	13.800,00	0,00	0,00	0,00
Nordhausen	47.080,00	174.363,95	356.030,05	207.345,00	105.684,50	0,00	0,00
Saale-Holzland-Kreis	3.200,00	18.309,00	18.491,00	16.000,00	1.600,00	0,00	0,00
Saale-Orla-Kreis	0,00	1.226,67	9.973,33	9.600,00	8.000,00	0,00	0,00
Saalfeld-Rudolstadt	0,00	16.376,78	14.423,22	16.800,00	2.800,00	0,00	0,00
Sömmerda	87.731,00	139.527,46	195.057,21	71.000,00	2.400,00	0,00	0,00
Unstrut-Hainich-Kreis	21.971,80	48.379,81	60.010,89	29.312,00	1.575,00	0,00	0,00
Weimar, Stadt	0,00	1.500,00	18.000,00	18.000,00	16.500,00	0,00	0,00
Bundesland: Thüringen	229.912,32	673.355,38	955.164,17	561.967,50	168.859,50	0,00	0,00
Bundesland:	0,00	16.800,00	14.000,00	16.800,00	2.800,00	0,00	0,00
Bundesland:	0,00	16.800,00	14.000,00	16.800,00	2.800,00	0,00	0,00
Gesamtsumme:	17.943.080,25	96.727.763,68	136.769.833,72	117.514.127,55	43.251.606,88	0,00	0,00

Anlage 4 - Bundesprogramm "Kommunal-Kombi" Verteilung Tätigkeitsbereiche

Art der ausgeübten Tätigkeit	Gesamt	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Tätigkeiten im Bereich Landschaftspflege und Umweltschutz	17%	0%	21%	28%	0%	27%	0%	13%	24%	22%
Tätigkeiten in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen	12%	14%	13%	30%	4%	7%	0%	14%	8%	2%
Tätigkeiten in der Seniorenarbeit, Altenpflege oder Behindertenbetreuung	13%	28%	11%	12%	63%	7%	0%	10%	11%	1%
Tätigkeiten im Sportbereich	7%	1%	5%	1%	0%	9%	0%	10%	9%	21%
Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtung	8%	1%	7%	5%	0%	6%	0%	13%	9%	7%
Tätigkeiten in anderen sozialen Einrichtungen	10%	12%	10%	1%	26%	12%	100%	9%	9%	12%
Tätigkeiten in den Bereichen Kultur und Tourismus	18%	19%	18%	3%	4%	20%	0%	18%	16%	31%
Tätigkeiten im Verkehrswesen	2%	5%	1%	0%	0%	1%	0%	0%	3%	0%
Tätigkeiten in sonstigen Verwaltungsbereichen	2%	2%	3%	8%	4%	0%	0%	2%	2%	1%
Tätigkeiten für sonstige Einrichtungen, Vereine oder Initiativen	8%	13%	8%	4%	0%	6%	0%	8%	5%	0%
Tätigkeiten in sonstigen Bereichen	4%	6%	4%	8%	0%	5%	0%	3%	4%	1%

Quelle: laufende Abfrage der Maßnahmeneintritte durch ISG (Stand 05.03.2010)

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*